

**EUROPA-ARCHIV**  
**ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK**

BEGRÜNDET VON WILHELM CORNIDES

Siebenundvierzigster Jahrgang: 1992

BEITRÄGE UND BERICHTE

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

## Präsidium

C. PETER HENLE

*Präsident*

HELMUT SCHMIDT

*Stellvertretender Präsident*

HANS L. MERKLE

*Stellvertretender Präsident*

GÜNTHER VAN WELL

*Geschäftsführender stellv. Präsident*

DR. F. WILHELM CHRISTIANS

*Schatzmeister*

PROF. DR. HANS-PETER SCHWARZ

*Vorsitzender d. Wissenschaftl. Direktoriums*

DR. WOLFGANG WAGNER

*Herausgeber des Europa-Archiv*

PROF. DR. KARL KAISER

*Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts*

DR. KLAUS VON DOHNANYI

DR. KLAUS GÖTTE

WALTHER LEISLER KIEP

DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

DR. GERHARD LIENER

PROF. DR. RITA SÜSSMUTH

DR. THEODOR WAIGEL

OTTO WOLFF VON AMERONGEN

PROF. BERTHOLD BEITZ

DR. WOLFGANG BÖTSCH

PROF. DR. HORST EHMKE

BjÖRN ENGHOLM

ULRICH IRMER

PROF. DR. WILHELM KEWENIG

DR. KLAUS LIESEN

HEINZ-WERNER MEYER

ALFRED FREIHERR VON OPPENHEIM

KLAUS PILTZ

DR. WOLFGANG RÖLLER

VOLKER RÜHE

PETER M. SCHMIDHUBER

DR. HANS STERCKEN

DR. MANFRED STOLPE

DR. GERHARD STOLTENBERG

HEINRICH WEISS

DR. PAUL WIEANDT

DR. MARK WÖSSNER

DR. MONIKA WULF-MATHIES

ERNST WUNDERLICH

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist eine private, gemeinnützige Vereinigung. Sie ist unabhängig und überparteilich. Nach ihrer Satzung hat sie die Aufgabe, die Probleme der internationalen, besonders der europäischen Politik, Sicherheit und Wirtschaft zu erörtern und ihre wissenschaftliche Untersuchung zu fördern, die Dokumentation über diese Forschungsfragen zu sammeln und das Verständnis für internationale Fragen durch Vorträge, Studiengruppen und Veröffentlichungen zu vertiefen. Hierdurch sollen die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und der Gedanke der Völkerverständigung gefördert werden.

Zu diesem Zweck unterhält die Gesellschaft verschiedene Einrichtungen. Die wissenschaftliche Arbeit erfolgt in der Hauptsache im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Der Sammlung und Auswertung der einschlägigen Fachliteratur dient die Dokumentationsstelle der Gesellschaft. Publikationsorgan der Gesellschaft und ihrer Einrichtungen ist das im Jahre 1945 von Wilhelm Cornides begründete EUROPA-ARCHIV – Zeitschrift für Internationale Politik. Seit 1972 erscheint die Zeitschrift im Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und ihre Einrichtungen beziehen aufgrund ihrer Satzung nicht selbst Stellung zu Fragen der internationalen Politik. Die in ihrer Zeitschrift EUROPA-ARCHIV geäußerten Meinungen sind die der Autoren. Für die Aufnahme von Beiträgen und Dokumenten ist der Herausgeber verantwortlich.

# EUROPA-ARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK

---

HERAUSGEBER: DR. WOLFGANG WAGNER

BEIRAT: PROF. DR. GERHARD FELS · PROF. DR. CURT GASTEYGER  
PROF. DR. KARL KAISER · PROF. DR. WILHELM KEWENIG  
DR. NORBERT KOHLHASE · PROF. DR. HANNS W. MAULL  
PROF. DR. KLAUS RITTER

CHEFREDAKTEUR: DR. JOCHEN THIES

REDAKTION: MARTINA BODEN, M. A. (M. B.)  
TILMANN CHLADEK, A. M., HARVARD (T. CH.)  
UTA KUHLMANN, DIPL.-ROM. (U. K.)  
DR. MARTIN MANTZKE (M. M.)  
*Sekretariat:* CHRISTINE ESCLAVY

*Verlag:* Verlag für Internationale Politik, GmbH, Bachstraße 32, Postfach 1529,  
5300 Bonn 1, Telefon 7 29 00 10, Telefax 69 57 34, Telex 8 86 822.

Bankkonten: Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Konto 23 305 (BLZ  
370 302 00); Deutsche Bank AG Bonn, Konto 0 547 000 (BLZ 380 700 59);  
Postgirokonto: Köln Nr. 2588 31-500.

*Bezugsbedingungen:* Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch  
jede Buchhandlung oder unmittelbar durch den Verlag zu beziehen. Preis des  
komplett gebundenen Jahrgangs 1992: DM 235,-. Bezugspreise: Einzelheft  
DM 12,-; Jahresabonnement (24 Hefte einschl. Register) DM 190,-; alle Preise  
zuzüglich Versandkosten. Alle übrigen Preise, einschließlich der früheren Jahrgän-  
ge, laut Preisliste.

*Herstellung:* Foto-Satz-Studio F. Röhrig GmbH, Düsseldorf  
waz-Druck, Duisburg

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.  
© 1992 Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn. ISSN 0014-2476

---

ADENAUERALLEE 131, D 5300 BONN 1 · TELEFON: (02 28) 26 75-0

## Beiträge und Berichte

	Folge	Seiten
<b>Alexandrova, Olga</b> — Die Ukraine in Ostmitteleuropa: Bindeglied zwischen Ost und West? . . . . .	18	535—544
<b>Antes, Peter</b> — Die Weltreligionen und der moderne Staat . . . . .	7	171—178
<b>Asholt, Wolfgang</b> — Frankreich und das vereinte Deutschland . . . . .	7	179—186
<b>Asmus, Ronald D.</b> — Deutschland im Übergang. Nationales Selbstvertrauen und internationale Zurückhaltung . . . . .	8	199—211
<b>Bardehle, Peter</b> — Kambodscha auf dem Weg zum Frieden. Ein Jahr vor der Wahl . . . . .	11	345—352
<b>Bäuerlein, Heinz</b> — Der Eurokommunismus — ein abgeschlossenes Kapitel . . . . .	22	653—663
<b>Bebler, Anton</b> — Das Schicksal des kommunistischen Föderalismus. Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien im Vergleich . . . . .	12	375—386
<b>Dawydow, Jurij P.</b> — Die Zukunft der Streitkräfte Rußlands. Die Auflösung eines Imperiums und das Problem einer Militärreform . . . . .	12	353—364
<b>Diehl, Ole</b> — Rußland als Waffenbasar . . . . .	20	603—610
<b>Domes, Jürgen</b> — Die Volksrepublik China vor dem XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei . . . . .	20	577—585
<b>Ferdowsi, Mir A.</b> — Die KSZE als Modell? Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung in der Dritten Welt . . . . .	3	76— 84
<b>Finke, Wolfgang</b> — Europas Raumfahrt am Scheidewege . . . . .	8	212—221
<b>Fischer, Per</b> — Indiskrete Fragen zur China-Politik des Westens . . . . .	1	18— 26
Wider die neue Europa-Wehleidigkeit der Deutschen . . . . .	7	187—194
<b>Fuhrt, Volker</b> — Altes Mißtrauen und neue Forderungen. Schatten der Vergangenheit auf Japans Verhältnis zu seinen asiatischen Nachbarn . . . . .	17	491—500
<b>Gasteyger, Curt</b> — Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem? . . . . .	17	475—482
<b>Gehlhoff, Walter</b> — Krise und Wandel in der UNESCO . . . . .	19	557—565
<b>Geiss, Imanuel</b> — Hegemonie und Genozid: Das Serbien-Syndrom 1991/92 . . . . .	15	421—432
<b>Geißler, Clemens</b> — Neue Völkerwanderungen in Europa . . . . .	19	566—572
<b>Glutz, Peter</b> — Europa am Scheideweg . . . . .	18	503—514
<b>Görgens, Lutz Hermann</b> — Goethe und die neue Weltordnung . . . . .	21	631—636
<b>Götz, Roland</b> — Zur Lebensfähigkeit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) . . . . .	4	107—114
<b>Gräßle, Inge</b> — Fernsehen im Dienst der Außenpolitik . . . . .	22	664—670
<b>Gündling, Lothar</b> — UNCED und die Entwicklung des Umweltvölkerrechts . . . . .	9	251—256
<b>Hansen, Niels</b> — Deutschland und Israel: Besondere Beziehungen im Wandel . . . . .	18	527—534
<b>Hartmann, Rüdiger</b> — Der Vertrag über den Offenen Himmel . . . . .	17	483—490
<b>Hilpold, Peter</b> — Die Jugoslawien-Krise als ethnischer Konflikt . . . . .	4	87— 96

	Folge	Seiten
<b>Hottinger, Arnold</b> — Wasser als Konfliktstoff. Eine Existenzfrage für die Staaten des Nahen Ostens . . . . .	6	153—163
Zukunftsfragen für Zentralasien. Neubeginn in den Staaten am Südrand der ehemaligen Sowjetunion . . . . .	14	397—402
<b>Hummer, Waldemar</b> — Die Jugoslawien-Krise als ethnischer Konflikt . . . . .	4	87— 96
<b>Huterer, Manfred</b> — Der Westen und die Stabilisierung der Demokratien in Osteuropa . . . . .	11	325—334
<b>Jachtenfuchs, Markus</b> — Die EG nach Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration . . . . .	10	279—287
<b>Kaiser, Karl</b> — Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen in Europa nach dem Kalten Krieg . . . . .	1	7— 17
<b>Kamp, Karl-Heinz</b> — Ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis? Das deutsch-französische „Eurokorps“ . . . . .	15	445—452
<b>Kepel, Gilles</b> — Der lange Marsch der Islamisten . . . . .	3	71— 75
<b>Kissinger, Henry</b> — Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten . . . . .	23	671—679
<b>Kolboom, Ingo</b> — Frankreich und das vereinte Deutschland . . . . .	7	179—186
Kanada quo vadis? Neue Parameter kanadischer Innen- und Außenpolitik . . . . .	24	718—726
<b>Krieger, Wolfgang</b> — Die deutsche Integrationspolitik im postsowjetischen Europa . . . . .	18	515—526
<b>Langguth, Gerd</b> — Außenpolitische Chancen der Europäischen Integration. Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt . . . . .	8	222—230
<b>Law, David</b> — Die NATO und das „Out-of-Area“-Problem . . . . .	15	439—444
<b>Létourneau, Paul</b> — Kanada: Weg von der NATO? . . . . .	11	303—312
Kanada quo vadis? Neue Parameter kanadischer Innen- und Außenpolitik . . . . .	24	718—726
<b>Martin, Laurence</b> — Nationale Sicherheit in einer neuen Weltordnung . . . . .	3	59— 70
<b>Mauil, Hanns W.</b> — Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik . . . . .	10	269—278
<b>McCormack, Richard T.</b> — Japans gefährliche Finanzkrise . . . . .	21	637—640
<b>Mertes, Michael</b> — Europäische Strukturen: Ein Plädoyer für institutionelle Ökonomie . . . . .	6	143—152
<b>Mols, Manfred</b> — Mexikos Außenpolitik am Beginn der neunziger Jahre . . . . .	15	453—460
<b>Müller, Harald</b> — Das nukleare Nichtverbreitungsregime im Wandel. Konsequenzen aus einem stürmischen Jahr . . . . .	2	51— 58
<b>Müller-Brandeck, Gisela</b> — Ist die V. Republik reformbedürftig? Aktuelle Entwicklungen und Debatten in Frankreich . . . . .	14	403—412
<b>Neustadt, Amnon</b> — Determinanten der israelischen Politik nach den Wahlen . . . . .	23	691—700
<b>Oberthür, Sebastian</b> — Rio: kein Mißerfolg . . . . .	20	595—602
<b>Petersmann, Ernst-Ulrich</b> — Umweltschutz und Welthandelsordnung im GATT-, OECD- und EWG-Rahmen . . . . .	9	257—266
<b>Plate, Bernhard von</b> — Die Neuordnung in der ehemaligen Sowjetunion: Eine Herausforderung für die KSZE . . . . .	10	288—294
<b>Pond, Elizabeth</b> — Die Entstehung von „Zwei-plus-Vier“ . . . . .	21	619—630

	Folge	Seiten
<b>Prill, Norbert J.</b> — Europäische Strukturen: Ein Plädoyer für institutionelle Ökonomie	6	143—152
<b>Ridinger, Rudolf</b> — Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der EG. Die zukünftige Gestaltung der EG-Regionalpolitik . . . . .	5	133—140
<b>Riley, Stephen</b> — Afrika im Wandel . . . . .	14	413—420
<b>Rühe, Volker</b> — Vortrag vor der Jahresversammlung 1992 der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Sicherheit im Wandel. Die Zukunft der Bundeswehr in einem veränderten Europa . . . . .	15	463—472
<b>Rühl, Lothar</b> — Die Türkei zwischen Europa und dem Orient . . . . .	11	295—302
<b>Rühle, Michael</b> — Die NATO und das „Out-of-Area“-Problem . . . . .	15	439—444
<b>Rüland, Jürgen</b> — Asiens neue Ordnung. Von Entspannung zu neuem Konflikt? . . . . .	23	680—690
<b>Sacco, Giuseppe</b> — Italien im Umbruch . . . . .	11	335—344
<b>Schmuck, Otto</b> — Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union. Fortschritt und Ausdifferenzierung der Europäischen Einigung . . . . .	4	97—106
<b>Schöllgen, Gregor</b> — Deutschlands neue Lage. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft des westlichen Bündnisses . . . . .	5	125—132
<b>Schröder, Hans-Jürgen</b> — Amerika als Modell. Die neue Weltordnung in historischer Perspektive . . . . .	5	115—124
<b>Schweigler, Gebhard</b> — Hoffnung auf Wandel und Kontinuität. Perspektiven amerikanischer Außenpolitik unter Präsident Clinton . . . . .	24	711—717
<b>Segbers, Klaus</b> — Rußlands ungewisse Zukunft . . . . .	19	545—556
<b>Senghaas, Dieter</b> — Weltinnenpolitik — Ansätze für ein Konzept . . . . .	22	643—652
<b>Siemers, Günter</b> — Rückzug von den Philippinen. Amerika und die neuen Sicherheitsstrukturen in Südostasien . . . . .	6	164—170
<b>Speth, James Gustave</b> — Eine bestandsfähige Zukunft nach Rio? Perspektiven für die Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung . . . . .	9	244—250
<b>Stolpe, Manfred</b> — Die Zukunft der Region Königsberg . . . . .	21	611—618
<b>Strong, Maurice F.</b> — Themen für den Umweltgipfel 1992 — die globale Herausforderung . . . . .	9	231—237
<b>Tomuschat, Christian</b> — Die Zukunft der Vereinten Nationen . . . . .	2	42— 50
<b>Töpfer, Klaus</b> — Plädoyer für eine gleichberechtigte Partnerschaft . . . . .	9	238—243
<b>Trenin, Dmitrij W.</b> — Die Zukunft der Streitkräfte Rußlands. Die Auflösung eines Imperiums und das Problem einer Militärreform . . . . .	12	353—364
<b>Vogel, Heinrich</b> — Integration und Desintegration: Das europäische Dilemma . . . . .	15	433—438
<b>Wagner, Wolfgang</b> — Acht Lehren aus dem Fall Jugoslawien . . . . .	2	31— 41
<b>Weidenfeld, Werner</b> — Der Westen und die Stabilisierung der Demokratien in Osteuropa . . . . .	11	325—334
<b>Well, Günther van</b> — Der Auswärtige Dienst in einer Zeit des Wandels . . . . .	14	391—396
Die Vereinten Nationen als Friedensstifter . . . . .	24	703—710
<b>Wolf, Reinhard</b> — Kollektive Sicherheit und das neue Europa . . . . .	12	365—374

<b>Wörner, Manfred</b> — Die Atlantische Allianz und die europäische Sicherheit . . .	1	1—	6
<b>Wulf, Herbert</b> — Waffenexport zu Beginn der neunziger Jahre. Veränderte Lage für Industrie und Rüstungskontrolle . . . . .	11	313—	322
<b>Wyle, Frederick S.</b> — Amerikanische Innenpolitik und die Präsidentschaftswahlen	20	586—	594

## Bibliographische Hinweise

### Neuerscheinungen zu Fragen der internationalen Politik

Folge 1	Seiten 27— 30	Folge 9	Seiten 267—268	Folge 17	Seiten 501—502
Folge 3	Seiten 85— 86	Folge 11	Seiten 323—324	Folge 19	Seiten 573—576
Folge 5	Seiten 141—142	Folge 13	Seiten 387—390	Folge 21	Seiten 641—642
Folge 7	Seiten 195—198	Folge 15/16	Seiten 473—474	Folge 23	Seiten 701—702

## Mitteilungen

Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Folge 15/16, S. 461—463

# Die KSZE als Modell?

## Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung in der Dritten Welt

Von *Mir A. Ferdowsi*

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa und der damit einhergehenden radikalen Veränderung der politischen Landkarte Europas fehlt es nicht an optimistischen Stimmen, die von der Zivilisierung des Ost-West-Konflikts auch eine Lokomotivfunktion für andere Regionen der Welt erwarten und eindringlich nahelegen, die europäischen Erfahrungen dorthin zu übertragen. Regionale Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Modell der KSZE sollten einberufen werden, um nicht nur „die Gefahr ernsthafter Konflikte in anderen Teilen der Welt zu vermindern“,<sup>1</sup> sondern auch Mechanismen zu schaffen, die Sicherheit und Stabilität gewährleisten.

Der damalige sowjetische Außenminister Eduard *Schewardnadse* hat schon vor dem Pariser „KSZE-Gipfel“ vom November 1990 die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum für Herbst 1993 angeregt, um mit deren Hilfe der Ost-West-Entspannung auch in Fernost zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>2</sup> Der frühere nigerianische Staatschef General *Olusegun Obasanjo* initiierte 1990 ein African Leadership Forum, um über einen der KSZE vergleichbaren gesamtafrikanischen Rahmen<sup>3</sup> nachzudenken. Die Kuwait-Krise legte wie kaum ein anderer Konflikt der letzten Jahre die Notwendigkeit nahe, durch Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten die Konflikte der Region einer Gesamtlösung zuzuführen.

Als Folge der Kuwait-Krise oder auch nur angesichts der „veränderten Geometrie der Festung Europa“<sup>4</sup> unterbreiteten Frankreich, Spanien, Italien und Portugal im Vorfeld eines KSZE-Treffens zur Mittelmeer-Problematik im September 1990 den Vorschlag, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer (KSZM) zu schaffen. Die Aufgaben und Ziele einer solchen Konferenz umreißt ein „Strategiepapier“ der Mainzer Forschungsgruppe Europa:

„Sie bietet die Gelegenheit zum Ausgleich der Interessen, sie erlaubt die Balancierung unterschiedlicher Motivlagen: Stabilität und Sicherheit gegen wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie begünstigt das Zusammenwirken in Agenturen und regionalen Untergliederungen etwa im Umweltschutz oder im Kulturbereich. Sie stellt einen Rahmen bereit für die Behandlung von Sicherheitsfragen und Rüstungskontrollvereinbarungen. Sie kann schließlich auch der Konfliktkontrolle im Krisenfall dienen. Angesichts der gesellschaftlichen Spannungen in der Region kann eine KSZM auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses über die Rechte der Menschen auch die Möglichkeiten zur Einwirkung auf ihre Einhaltung schaffen. Die KSZM könnte langfristig zugleich zum System der kollektiven Sicherheit, zur Organisation ökonomischer wie ökologischer Entwicklung wie zum Rahmen eines vitalen Kulturraumes werden.“<sup>6</sup>

*Dr. Mir A. Ferdowsi*, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München. Eine wesentliche Überarbeitung dieses Beitrags wird in Volker *Matthies* (Hrsg.), *Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen*, Bonn 1992, veröffentlicht.

Mögen solche Überlegungen zunächst auch überzeugend klingen, so ist es doch an der Zeit, die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von konflikteindämmenden Institutionen auf Regionen in der Dritten Welt einer nüchternen Betrachtung zu unterziehen. Durch die Gegenüberstellung der wesentlichsten Strukturmerkmale des KSZE-Prozesses mit den Ursachen der Konflikte in der Dritten Welt soll geprüft werden, ob dieses Rezept außerhalb Europas überhaupt lebensfähig ist und ob die Gründe für seinen relativen Erfolg nicht doch spezifisch europäisch waren.

### *Die veränderten regionalen und weltpolitischen Rahmenbedingungen*

Angesichts der Tatsache, daß insbesondere in Europa, anders als viele Regionen der Dritten Welt, seit dem Zweiten Weltkrieg ein „Hort des Friedens“ war, scheint die Überlegung, diese Regionen durch die Anwendung der europäischen Erfahrungen mit der KSZE zu befrieden, auf den ersten Blick durchaus plausibel. Dies gilt umso mehr, als in den letzten Jahren durch eine Reihe von Entwicklungen günstigere Bedingungen für die Errichtung von stabilen Friedensordnungen auch in der Dritten Welt entstanden sind:

1. Es ist in den letzten Jahren gelungen, einige der langwierigsten Kriege und Konflikte in der Dritten Welt einer friedlichen Beilegung zuzuführen – so etwa den Tschad-Konflikt im September 1987; den iranisch-irakischen Krieg im Juli 1988; den Afghanistan-Konflikt im Mai 1988; den Konflikt im südlichen Afrika im August 1989 und parallel dazu die Schaffung der Voraussetzungen für die Unabhängigkeit Namibias; den nicaraguanischen Bürgerkrieg im Februar 1989 und schließlich die Konflikte in der West-Sahara und in Kambodscha im Jahre 1990.

2. Die Regionen der Dritten Welt haben nach der Erosion des Ost-West-Konflikts erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Chance, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. In der Vergangenheit waren entweder ihre Möglichkeiten zur Entwicklung eigener regionaler Sicherheitsregelungen durch die weltweit agierenden Supermächte eingeschränkt, oder diese Mächte wurden in ihre Angelegenheiten hineingezogen, weil nationale Herrschaftseliten sich aktiv in den Ost-West-Konflikt einreichten, da sie bei ihrer Herrschaftssicherung auf die Hilfe der Supermächte gegen interne oder externe Kontrahenten angewiesen waren.

3. Noch bedeutsamer ist die Welle des demokratischen Wandels in fast allen Kontinenten. Einiges spricht dafür, daß nun zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert jener „wind of change“ weht, von dem der frühere britische Premierminister Harold *Macmillan* am Ende der Kolonialzeit sprach, als viele Staaten in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Vielleicht bringt der demokratische Wandel nicht mehr als gelenkte oder kontrollierte Scheindemokratien hervor. Gleichwohl ist zu beobachten, daß sich vielerorts Regime, die bislang die Neugründung politischer Parteien ablehnten und oppositionelle Gruppen verfolgten, nunmehr bereit erklären, politische Gruppierungen zuzulassen, demokratische Wahlen abzuhalten sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.<sup>7</sup>

Es ist sicher verfrüht, angesichts dieser Entwicklung die Schlußfolgerung zu ziehen, weltweit triumphiere die demokratische Idee; gleichwohl kann die Bedeutung dieser Entwicklung für die Zukunft nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bei aller Vorsicht gegenüber rhetorischen Lippenbekenntnissen ist bereits heute allenthalben feststell-

bar, daß sich in weiten Teilen der Dritten Welt die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß für den Verlust der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, für die Marginalisierung der Menschen und für die Unterminierung der Grundrechte die politischen Rahmenbedingungen der sozio-ökonomischen Entwicklung ursächlich waren. Der nigerianische Staatschef Ibrahim *Babangida* formulierte dies anlässlich des 26. OAU-Gipfeltreffens in Addis Abeba im Juli 1990: „Unser Versagen ist in erster Linie das Versagen unserer Führungseliten. Wir haben unsere Mitbürger verwaltet, als ob das Ausland moralisch verpflichtet wäre, für ihren Unterhalt aufzukommen. Damit ist es heute zu Ende.“<sup>8</sup>

### *KSZE zwischen Modell und Mythos*

Bei aller grundsätzlich positiven Bewertung des KSZE-Prozesses für Europa verkennen die Anhänger der KSZE, die der Helsinki-Konferenz den entscheidenden Impuls zur Entwicklung des Jahres 1989 in Osteuropa zuweisen, eine grundlegende Tatsache: Das Ende des Ost-West-Konflikts war nicht das Ergebnis einer Zivilisierung der Konfliktaustragung im Rahmen der KSZE, bei der „beide Seiten oder jedenfalls eine auf einer neuen Stufe friedenspolitischer Einsicht angekommen waren“, sondern die Entwicklung wurde dadurch ausgelöst und beschleunigt, daß „die eine Macht nicht mehr in der Lage war, sich am Spiel zu beteiligen“.<sup>9</sup>

Zwar muß schon die Tatsache, daß ein derartiges diplomatisches Mammutunternehmen zwischen zwei in antagonistische Militärblöcke eingebundenen Gruppen von Staaten mit Erfolg abgeschlossen werden konnte, als erstaunlich bewertet werden. Doch erreichbar war die Unterschrift nur durch ein jahrelanges zähes Ringen, ein „do ut des“, das schließlich zu einem Kompromiß führte, mit dem alle Staaten leben zu können glaubten. Es lag wohl in dieser Logik, daß die KSZE solange funktionierte, wie es galt, trotz des Kalten Krieges ein Klima des Vertrauens zu schaffen und die Menschenrechte zur Geltung zu bringen. Seit dem Ende der bipolaren Ordnung jedoch sind alle bisherigen Versuche, die KSZE zu einem ständigen Forum gesamteuropäischer Koordination aufzubauen, gescheitert, und die Frage, ob „nicht auch die KSZE eigentlich der Vergangenheit angehört“,<sup>10</sup> erscheint berechtigt.

Wenn auch eine Übertragung des KSZE-Modells aufgrund seiner besonderen Fähigkeit zur Problembündelung verspricht, unterschiedliche Interessen großer und kleiner Staaten in ein Sicherheitssystem einzubeziehen, um neue Gefährdungen zu verringern oder wahrgenommenen Bedrohungen von außen zu begegnen, so wirft der Gedanke, dieses Modell auf Regionen der Dritten Welt anzuwenden, doch eine Reihe von Fragen auf.

1. Die KSZE lebte von dem Bestand fester Blöcke mit zwei Supermächten als Blockführer. Hinzu kam, daß das „Gleichgewicht des Schreckens“ dem europäischen Kontinent Stabilität verlieh, weil die antagonistischen Blöcke weder auf einen Sieg hoffen konnten noch befürchten mußten, selbst besiegt zu werden. Die Architektur der Konferenz mit den drei Körben „Sicherheit“, „Wirtschaft“ und „Menschenrechte“ ermöglichte zwar den beiden Blöcken, zu einem Interessenausgleich zu gelangen, doch ohne die bipolare Struktur selbst aufzulösen. Damit konnte die KSZE „ordnungsstabilisierend und in begrenztem Umfang ordnungsüberwindend“ wirken.<sup>11</sup>

Anders sieht es in den Regionen der Dritten Welt aus. Hier gibt es trotz einer stärkeren Differenzierung und Hierarchisierung seit Mitte der siebziger Jahre keine

dem Ost-West-Konflikt vergleichbaren politischen und ideologischen Antagonismen. Zwar entwickelten sich einige Staaten, die aufgrund ihrer demographischen, ökonomischen und militärischen Potentiale eine Sonderstellung beanspruchten, zu regionalen Vormächten und versuchten, die Region beziehungsweise ihr Umfeld zu dominieren. Doch ein „Gleichgewicht der Kräfte“, das dem Zustand Europas während des Kalten Krieges vergleichbar wäre, ist nirgendwo entstanden. Und wie die am meisten von Interventionen regionaler Mächte betroffenen Gebiete Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens zeigen, wirken regionale Hegemonie-Konflikte nirgends stabilisierend.

2. Die KSZE konnte erst eine zukunftsweisende Rolle entwickeln, als die territorialen Konflikte in Europa gelöst oder doch durch wechselseitige Anerkennung des Status quo ihre Brisanz verloren hatten. Insofern stand die KSZE am Ende eines Prozesses, nicht an dessen Anfang.

Betrachtet man jedoch die große Zahl von Grenz-, Sezessions- und innerstaatlichen Kriegen in der Dritten Welt, so drängt sich der Eindruck auf, daß in jenen Regionen der Prozeß territorialer Konsolidierung und nationalstaatlicher Integration, den Europa in den letzten zwei- bis dreihundert Jahren durchlaufen hat, möglicherweise erst jetzt nachvollzogen wird. Auch in Europa ist dieser umfassende Prozeß erst „nach schmerzlichen historischen ‚Lernkosten‘ in Form von revolutionärer Gewalt, Bürgerkriegen und Kriegen heute einigermaßen ausgereift“.<sup>12</sup> Erst durch die territoriale Konsolidierung ist der Nationalstaat zur Ausdrucksform nationaler Ansprüche geworden, was seinerseits zur inneren Stabilität der Staaten beitrug.

3. Die Arbeit der KSZE trug zweifellos zur Achtung der Menschenrechte und zur Entwicklung der Demokratie bei. Doch dies war nur möglich, weil zum einen die Verwirklichung der Menschenrechte in den europäischen Staaten und Gesellschaften eine weiterreichende Resonanz gefunden hatte, als dies in den meisten Regionen der Dritten Welt der Fall ist; zum anderen, weil die Tendenz zur „Redemokratisierung“ und zur Überwindung eines von außen aufgezwungenen Systems sich durchsetzen konnte. Die Hoffnung, mit der Einleitung von KSZE-ähnlichen Prozessen in anderen Regionen der Welt würden auch die Menschenrechte verbreitet, verkennt offensichtlich die Tatsache, daß sich der größte Teil der Menschheit als jenseits des westlichen Kulturkreises stehend betrachtet. Dies zeigen die allenthalben zu beobachtenden „Revitalisierungsbestrebungen“, Ausdruck einer „Sinn- und Identitätskrise“,<sup>13</sup> die aus der Enttäuschung über die Ergebnisse der staatlichen Unabhängigkeit und der unausweichlichen Einbeziehung in die globale, westlich geprägte Weltordnung resultiert. Nur unter Ausblendung der Dimension und Bedeutung dieser Fragen kann man – wie der amerikanische Gesellschaftswissenschaftler Francis Fukuyama – annehmen, daß mit dem Verschwinden der marxistisch-leninistischen Alternative zur liberalen Demokratie „die Endstation der ideologischen Evolution der Menschheit und die allgemeine Verbreitung der westlich-liberalen Demokratie als der endgültigen Form der menschlichen Regierung“ erreicht sei.<sup>14</sup>

4. Vor dem Hintergrund der Vielzahl innerstaatlicher Konflikte in der Dritten Welt läßt insbesondere ein bislang unauflöslicher Widerspruch im Prinzipienkatalog der Schlußakte von Helsinki eine erfolgversprechende Übertragung des KSZE-Modells fraglich erscheinen. Denn die Entschlossenheit der Unterzeichner zur „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-,

Religions- und Überzeugungsfreiheit“ (VII. Prinzip) wird durch ihre Verpflichtung in Frage gestellt, „souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte“ (I. Prinzip) zu wahren und in die Praxis umzusetzen. Gerade der Auflösungsprozeß in Jugoslawien hat verdeutlicht, daß der KSZE-Mechanismus bei innerstaatlichen, ethnisch definierten Konflikten wenig mehr zuwege bringt als Appelle und den Austausch von Informationen.

Zwar haben die Unterzeichner der „Charta von Paris für ein neues Europa“<sup>15</sup> zum ersten Mal in einem Dokument der KSZE kodifiziert, „daß die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muß und daß Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln“. Doch weder die Konferenz noch die späteren Experten-Treffen vermochten sich bislang auf einen Mechanismus zu verständigen, mit dem die Einhaltung von Minderheitenrechten überwacht werden kann.

5. Obgleich die KSZE-Staaten mit der Aufwertung des „Zentrums für Konfliktverhütung“ auf ihrer Berliner Konferenz im Juni 1991 die Voraussetzungen für die Einrichtung von Instrumentarien und Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung schufen, um auf regionale Konflikte schnell zu reagieren und die Beteiligten zu einer Lösung im Sinne der KSZE-Prinzipien Gewaltfreiheit und Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte zu drängen,<sup>16</sup> verdeutlicht das Scheitern des „Konfliktmanagement“ während des jugoslawischen Konflikts noch einmal, daß die KSZE wie jedes System kollektiver Sicherheit an dem grundlegenden Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien Übereinstimmung und Erzwingung leidet.<sup>17</sup> Wenn alle Frieden wollen, braucht der Mechanismus nicht angewandt zu werden, da ohnehin Ruhe herrscht. Erst im Konfliktfall erweist sich die Notwendigkeit eines wirksamen Sicherheitsmechanismus, der dann greifen muß, wenn Gefahr im Verzug ist. Er kann nur soweit erfolgreich sein, wie der Wille der beteiligten Konfliktparteien zu einer konstruktiven Zusammenarbeit reicht. Doch nicht erst seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist das Zögern vieler – selbst europäischer – Staaten erkennbar, sich im Falle von Streitigkeiten überstaatlicher Instrumentarien zu bedienen und sich tendenziell obligatorischen Verfahren zu unterziehen beziehungsweise deren Ergebnisse als verbindlich anzuerkennen.

Wenn man den Hintergrund und die Ursachen jener Nationalitätenkonflikte im Blick hat, die zur Überlebensfrage für viele Staaten zu werden drohen, ist abzusehen, daß die Mechanismen kollektiver Sicherheit hier noch weniger greifen. Zum einen sind die Politisierung ethnisch geprägter Konflikte und die Mobilisierung aufgrund ethnischer Loyalitäten in der Dritten Welt ebenso wie in Europa nicht Ursache, sondern Begleiterscheinung gesellschaftlicher Konflikte,<sup>18</sup> zu deren Lösung die Instrumentarien von „kollektiven Sicherheitsmaßnahmen“ in der Regel kaum tauglich sind. Zum anderen lassen sich die Dimensionen dieser Konflikte nicht ohne Berücksichtigung des Scheiterns der Staaten- und Nationenbildungs-Prozesse erfassen, deren wichtigste Prämisse – zumindest für die Dritte Welt – die aus europäischen Erfahrungen gewonnene Überzeugung war, durch die Übertragung der Nationalstaatsidee seien jene assimilatorischen und kommunikativen Prozesse auszulösen, die für die Homogenisierung heterogener Gesellschaften unverzichtbar

zu sein scheinen. Doch diese optimistischen Erwartungen konnten aus zwei Gründen bislang nicht erfüllt werden: Zum einen, weil die im Modernisierungsprozeß selbst angelegten Konflikte und gesellschaftlichen Folgekosten unzureichend berücksichtigt waren. Zum anderen führten die staatlichen Maßnahmen der Zwangsassimilation von Volksgruppen sowie linguistischen und religiösen Minderheiten durch gezielte staatliche Maßnahmen zu zunehmendem Legitimationsverlust der nachkolonialen Staaten.

6. Ob und inwieweit die in der KSZE-Schlußakte von Helsinki festgeschriebene wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Stabilisierung des Systems oder eher zu seiner Überwindung beigetragen hat, kann hier nicht diskutiert werden. Doch auch hinsichtlich der friedenspolitischen Auswirkungen ökonomischer Zusammenarbeit in den Regionen der Dritten Welt im Rahmen von Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit gibt es bei näherer Betrachtung kaum Anlaß zu optimistischen Erwartungen. Denn die Wirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer untereinander erreichen bei weitem nicht das Ausmaß der ökonomischen Vernetzung und Verflechtung der europäischen Staaten. Trotz ständig wiederholter Bekenntnisse zu verstärkter politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit<sup>19</sup> befindet sich die praktische Regionalkooperation sowohl ökonomisch wie auch politisch schon seit Jahren in einer ernsthaften Krise.<sup>20</sup> Nach einer Analyse der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD<sup>21</sup> zeigt die Entwicklung des Handels innerhalb der regionalen Wirtschaftsorganisationen, daß Handelsliberalisierung und Kooperation kaum wirksam geworden sind. Der Anteil des Exports in andere Länder der Wirtschaftsgemeinschaften an den Gesamtexporten erreichte in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft knapp 7 Prozent, im Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt knapp 16 Prozent, in den ASEAN-Ländern nur 18 Prozent. Die übrigen Integrationsgruppierungen erreichten nicht einmal diese Bedeutung.

Auch die regionalen politischen Zusammenschlüsse waren bislang nicht in der Lage, Konflikte und Probleme ihrer Region zu entschärfen. So war die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) an der Beilegung wichtiger Konflikte Afrikas in den vergangenen Jahren kaum beteiligt. Das reicht vom Nkomati-Vertrag von 1984 zwischen Südafrika und Mosambik über die Unabhängigkeit Namibias bis hin zum Abzug der Kubaner aus dem südlichen Afrika. Bei anderen Konflikten – so in Süd-Sudan oder in Eritrea – hielt sich die OAU heraus oder scheiterte, wie im Falle ihrer Einmischung in Tschad. Konstruktivere Rollen könnten subregionale Gruppierungen spielen, wie etwa die Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (SADCC) oder die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die in den liberianischen Bürgerkrieg eingriff.

Nicht ermutigender sieht es in anderen Regionen der Dritten Welt aus. Weder gelang es der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der Contadora-Gruppe, die zentralamerikanischen Krisenherde zu entschärfen, noch vermochte die Islamische Konferenz (ICO), den achtjährigen iranisch-irakischen Krieg zu beenden oder die Arabische Liga oder der Golfirat, die Kuwait-Krise zu verhindern. Allein der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) kann hinsichtlich des Kambodscha-Konflikts einen gewissen Erfolg vorweisen.

All diese Tatsachen deuten darauf hin, daß die Aussichten, das KSZE-Modell als Muster für regionale Sicherheitsordnungen in der Dritten Welt zu adaptieren, wenig tragfähig sind. Selbst wenn es gelänge, ähnliche Institutionen aufzubauen, so muß vor den Erwartungen kurzfristiger Erfolge gewarnt werden: Zur Vorbereitung der Helsinki-Konferenz waren bekanntlich 15 Jahre erforderlich, und erst in den seither verstrichenen weiteren 15 Jahren konnten die Beschlüsse umgesetzt werden.

#### *Vorhandene Regionalorganisationen als Alternative*

Die Skepsis hinsichtlich der Tragfähigkeit des KSZE-Modells für Dritte-Welt-Regionen darf freilich nicht über zwei Tatsachen hinwegtäuschen: Regionale Kooperation stellt nach wie vor einen wesentlichen Ansatzpunkt für eine mittel- bis längerfristige Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung dar. Und die bisherigen enttäuschenden Ergebnisse stellen nicht das Prinzip in Frage, sondern sind vornehmlich auf die unbefriedigende Funktionsweise der vorhandenen Regionalorganisationen sowie die ihnen inhärenten Konflikte zurückzuführen. Denn so wie der Bürgerkrieg in Jugoslawien selbst innerhalb der EG-Staaten wie ein Katalysator für die Wiederbelebung nationaler Ressentiments und Ängste sorgte, die als überwunden galten, so hat bislang auch in der Dritten Welt die Dominanz nationalstaatlicher Eigeninteressen der regionalen Zusammenarbeit enge Grenzen gesetzt.

Doch insbesondere die historischen Umwälzungen in Osteuropa stellen die meisten Staaten der Dritten Welt vor eine Reihe neuer Herausforderungen.<sup>22</sup> Sie müssen befürchten, daß

- die Hilfsgelder des Westens spärlicher fließen und sie in einen haushaltspolitischen „Verdrängungswettbewerb“ mit osteuropäischen Staaten treten müssen;
- die ehemals sozialistischen Industrieländer zu Konkurrenten bei der wirtschaftlichen Kooperation mit den westlichen Industrieländern werden. Dafür spricht nicht nur die geographische Nähe östlicher Nachbarländer, sondern auch die vertrautere Mentalität, eine ähnliche Kultur, bessere Ausbildung und geringere Sprachschwierigkeiten;
- mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zwar für die Geber ein wesentliches Sanktionsinstrument ihrer Außenpolitik entfällt, aber für die Nehmer auch zugleich eine Trumpfkarte, fungierten doch die außen- und sicherheitspolitischen Interessen über drei Jahrzehnte als wesentliche Triebkräfte der Entwicklungskooperation. Darüber hinaus fürchten nicht wenige Politiker in Afrika, Asien und Lateinamerika das Entstehen einer Ost-West-Komplizenschaft zum Nachteil des Südens.

Würden die Staaten der Dritten Welt angesichts dieser weltpolitischen und ökonomischen Veränderungen die wichtigste Botschaft des unter dem Vorsitz des früheren tansanischen Präsidenten Julius Nyerere verfaßten Berichts der „Süd-Kommission“ ernst nehmen – und dazu haben sie allen Anlaß –, so wird eine wesentliche Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit mittel- bis längerfristig unumgänglich sein. Dort heißt es:

„Der Süden als ganzes verfügt über genügend Märkte, Technologie und finanzielle Ressourcen, um aus der Süd-Süd-Zusammenarbeit ein wirksames Mittel zur Erweiterung der Entwicklungsmöglichkeiten seiner Ökonomien zu machen. Intensivere Süd-Süd-Kooperation muß ein wichtiger Teil südlicher Strategien für autonome, sich tragende Entwicklung werden. ... Allein die Süd-Süd-Kooperation kann den Entwicklungsländern kollektives

Gewicht verleihen und sie zu einer Gegenmacht machen, die vom Norden nicht ignoriert werden kann. Die Sicherung wirksamer Mitsprache im Management der Weltwirtschaft erfordert diese kollektive Stärke, die sich auf Einigkeit der Länder des Südens, Standfestigkeit im Verfolgen der Ziele und Flexibilität in der politischen Taktik stützt.<sup>23</sup>

Ob und in welcher Form diese Süd-Süd-Kooperation sich in Zukunft gestalten wird, kann heute nicht beurteilt werden. Doch dürften die hier kurz umrissenen Für und Wider der Übertragung des KSZE-Modells auf Regionen der Dritten Welt verdeutlicht haben, daß es näher liegt, den Wildwuchs der bestehenden 32 wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüsse der Dritten Welt,<sup>24</sup> zu durchforsten und zu einer bewußteren Unterstützung und effizienteren Arbeit der verbleibenden, als notwendig anerkannten Organisationen zu gelangen, als sich von der Konzentration aller Aufgaben auf Großorganisationen wie die KSZE die Lösung aller Probleme zu erhoffen. Zudem muß die Frage der Nützlichkeit existierender Institutionen und der möglichen Überlappung zwischen verschiedenen Organisationen in jedem konkreten Einzelfall und von Region zu Region entschieden werden.

Zum anderen sollten die Möglichkeiten vorhandener internationaler Organisationen, etwa der Vereinten Nationen, besser genutzt werden, da es immer offensichtlicher wird, daß den großen Herausforderungen an der Schwelle zum Jahr 2000 – ökologische Verheerungen, Migrationsbewegungen, Rohstoffpreisverfall und Überschuldung sind einige Beispiele – nur mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit beizukommen ist.

Schließlich sind im Rahmen der künftigen Nord-Süd-Beziehungen substantielle Verbesserungen und Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie etwa die Stabilisierung der Rohstoffpreise beziehungsweise Exporterlöse, der Abbau von Agrarprotektionismus und nichttarifären Handelshemmnissen, der Abbau von Entwicklungsblockaden durch großzügigere Entschuldungsregelungen erforderlich. Denn trotz aller vorhandenen günstigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen nutzen selbst die redlichsten Absichten zur Zivilisierung von Konflikten wenig, wenn für deren Absicherung die ökonomischen Grundlagen fehlen.

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren. Die Stockholmer Initiative zu globaler Sicherheit und Weltordnung. Deutsche Fassung abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6 und 7, 1991, S. 743–756 bzw. 883–893, S. 746.

<sup>2</sup> *Süddeutsche Zeitung* vom 5. 9. 1990.

<sup>3</sup> Ausführlicher hierzu siehe Gerhard Pfeiffer, Eine KSZE-Konferenz für Afrika?, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 5/1991, S. 20–21 sowie Rolf Hofmeiers Überblick, in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1992, München 1991, S. 306–307.

<sup>4</sup> So etwa Johan Galtung. So läßt sich im Nahen Osten die Katastrophe vermeiden, in: *Die Weltwoche* Nr. 2/10. Januar 1991, S. 17. Siehe auch

Willy Brandt, Eine Friedensordnung für den Nahen Osten, in: *EA* 5/1991, S. 137–142.

<sup>5</sup> Ulrike Borchardt, Zu einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Veränderte Geometrie der Festung Europa, in: *MEDIATUS* 7-8/1991, S. 5–9.

<sup>6</sup> Werner Weidenfeld/Josef Janning, Unsere Nachbarn im Süden. Eine europäische Strategie für den Mittelmeerraum, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 9. 1991.

<sup>7</sup> Siehe hierzu den umfassenden Überblick von Jürgen Rüland/Nikolaus Werz, Mehr Chancen für Demokratie in der Dritten Welt?, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), *Grundprobleme der Entwicklungsländer*, München 1991, S. 245–266.

- <sup>8</sup> Zitiert nach Reinhard Kößler/Hennig Melber, Afrika vor der demokratischen Frage, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/1990, S. 1055.
- <sup>9</sup> Hanne-Margret Birckenbach, Frieden in Europa – Krise im Balkan – Krieg am Golf, in: *Informationsdienst Wissenschaft und Frieden* Nr. 1-2/1991, S. 21. Siehe auch die Memoiren von Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek, 1991.
- <sup>10</sup> Beispielsweise Christoph Bertram, Hausordnung ohne Haus, in: *Die Zeit* vom 16. 11. 1990, S. 6. Siehe auch Günter Pollach, Europa zwischen NATO, WEU und KSZE. Die Neugestaltung gesamteuropäischer Sicherheit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/1991, S. 832–842.
- <sup>11</sup> Siehe hierzu Erhard Forndran, Anmerkungen zur neuen Sicherheitspolitischen Konstellation – Die Zukunft der Bündnisse und der KSZE, in: *Gegenwartskunde* 2/1991, S. 145–156.
- <sup>12</sup> Volker Matthies, Kriegsschauplatz Dritte Welt, München 1988, S. 176.
- <sup>13</sup> Siehe hierzu u. a. Werner Ende, Auf der Suche nach der „idealen Gesellschaft“, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991, S. 64–72, sowie Bassam Tibis Essay „Islamischer Fundamentalismus als Antwort auf die doppelte Krise“, in: derselbe: Die Krise des modernen Islams. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technischen Zeitalter. Frankfurt a. Main 1991, S. 202–279.
- <sup>14</sup> Vgl. Francis Fukuyama, The End of History?, in: *The National Interest*, Nr. 16/1989, S. 3 ff.
- <sup>15</sup> Vgl. den Wortlaut in EA 24/1990, S. D 656 ff.
- <sup>16</sup> Näheres hierzu bei Dieter Senghaas, Friedliche Streitbeilegung und kollektive Sicherheit im neuen Europa, in: EA 10/1991, S. 311–317.
- <sup>17</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempel, Friedensstrategien, Paderborn 1986, S. 94 ff.
- <sup>18</sup> Siehe hierzu Kathrin Eikenberg, Mythos Tribalismus: Ethnisierung politischer Konflikte, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 176/1991, S. 29–31.
- <sup>19</sup> Einen umfassenden Überblick hierüber geben Khushi M. Khan/Volker Matthies, Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt. Einführung und Dokumente, München 1978. Siehe auch Khushi M. Khan (Hrsg.): Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie, München 1980.
- <sup>20</sup> Rolf Hofmeier, Regionalkooperation in Afrika zwischen Krise und Hoffnung, in: *NORD-SÜD aktuell*, Nr. 1/1989, S. 56–59.
- <sup>21</sup> Zitiert nach Benno Engels, Zur „Krise“ der regionalen Integration in der Dritten Welt, in: *NORD-SÜD aktuell*, Nr. 1/1989, S. 96.
- <sup>22</sup> Ausführlicher hierzu siehe Lothar Brock, Zwischen Systemkonkurrenz und Entspannungsängsten. Entwicklungsländer am Ende der dritten Entwicklungsdekade, in: *epd-Entwicklungspolitik* 1/1990, S. 11–16; Klaus Bodemer, Der Wandel in Europa – seine Konsequenzen für Lateinamerika und das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis, in: *NORD-SÜD aktuell*, Heft 2/1990, S. 224–231; Paul Kevenhöster, Dritte Welt im Schatten. Vom Eurozentrismus zum Euroegoismus?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. 6. 1990; Karl Wolfgang Menck, Verdrängen die Reformen in Osteuropa die Zusammenarbeit Westeuropas mit den Entwicklungsländern?, in: *NORD-SÜD aktuell*, Heft 2/1990, S. 215–219; Franz Nuscheler, Hilfe für den Osten auf Kosten der Dritten Welt? Berechtigte Befürchtungen, in: *der Überblick*, Heft 4/1989, S. 70–72.
- <sup>23</sup> Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Die Herausforderung des Südens. Der Bericht der Südkommission. Über die Eigenverantwortung der Dritten Welt für dauerhafte Entwicklung, Bonn 1991, S. 407.
- <sup>24</sup> Siehe hierzu den Anhang in *NORD-SÜD aktuell*, Nr. 1/1989, S. 108–115. Dort werden für Afrika 16, für die Arabische Welt 4, für den asiatisch-pazifischen Raum 3 und für Lateinamerika und die Karibik 9 derartige Zusammenschlüsse aufgelistet.